

Mandatsbedingungen

In Verbindung mit dem an die Rechtsanwälte Brandt, Weinreich & Abel erteilten Mandat/erteilten Vollmacht/Prozessvollmacht wird zwischen den Rechtsanwälten Brandt, Weinreich & Abel und dem/der unterzeichneten Auftraggeber/in folgendes vereinbart:

1. Haftungsbegrenzung

Die Haftung der beauftragten Rechtsanwälte wird für alle Fälle leichter Fahrlässigkeit auf einen Höchstbetrag von 1,0 Millionen € (in Worten: eine Million EURO) beschränkt. Unberührt bleibt eine weitergehende Haftung der beauftragten Rechtsanwälte oder ihrer Erfüllungsgehilfen für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

2. Versicherung höherer Haftungssummen

Wenn eine weitergehende Haftung gewünscht wird, so kann auf ausdrückliche Weisung des/der Auftraggebers/in und auf dessen/deren Kosten eine Einzelhaftpflichtversicherung zu einer höheren Haftungssumme abgeschlossen werden.

3. Haftungsausschlüsse

Keinerlei Haftung übernehmen die beauftragten Rechtsanwälte bei der Anwendung ausländischen Rechts, für nicht in deutscher Sprache abgefasste Texte sowie für telefonische Auskünfte, sofern letztere nicht unverzüglich schriftlich bestätigt werden. Die Vertretung bezieht sich nicht auf steuerrechtliche Bestimmungen; diese werden von den beauftragten Rechtsanwälten nicht geprüft.

4. Geltung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG)/Abhängigkeit der Gebühr vom Gegenstandswert

a) Es besteht Einigkeit darüber, dass, sofern keine gesonderte Vergütungsvereinbarung mit dem/der Auftraggeber/in getroffen ist, die Gebühren der Rechtsanwälte sich nach den Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes bestimmen.

Der/die Auftraggeber/in wurde belehrt und ist insoweit damit einverstanden, dass die vorgenannten Gebühren abhängig vom Gegenstandswert der Angelegenheit abgerechnet werden.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die Rechtsanwälte grundsätzlich zunächst mit der außergerichtlichen Vertretung beauftragt werden; es sei denn, es wird ausdrücklich sofort Prozessvollmacht erteilt.

b) Für **Beratungshilfemandate** gilt Folgendes: Die beauftragten Rechtsanwälte können die Aufhebung der dem/der Auftraggeber/in bewilligten Beratungshilfe beantragen, wenn der/die Auftraggeber/in aufgrund der Beratung oder Vertretung, für die ihm Beratungshilfe bewilligt wurde, etwas erlangt hat. Dann können die beauftragten Rechtsanwälte von dem/der Auftraggeber/in Vergütung nach den allgemeinen Vorschriften verlangen.

5. Datenübermittlung/Korrespondenz per E-Mail

a) Der/die Auftraggeber/in ist damit einverstanden, dass zum Zwecke der Kommunikationserleichterung in sämtlichen bearbeiteten Angelegenheiten – soweit der Auftraggeber im Einzelfall nicht ausdrücklich **schriftlich** ein Abweichen von dieser Regelung wünscht – Dokumente und Daten auch per unverschlüsselter E-Mail im Internet versandt werden können.

b) Dem/der Auftraggeber/in ist bekannt, dass mit der Datenübertragung per E-Mail erhebliche Sicherheitsrisiken (z.B. Bekanntwerden der Daten durch Zugriff Dritter, Datenverluste, Virenübertragung, Übersendungsfehler, Übersendungsausfall, etc.) verbunden sind.

c) Für den E-Mail-Verkehr zwischen Auftraggeber/in und den beauftragten Rechtsanwälten oder mit Dritten im Rahmen der im einzelnen erteilten Aufträge wird den beauftragten Rechtsanwälten hiermit unter Inkaufnahme der oben aufgeführten Gefahren ausdrücklich erlaubt, Daten per E-Mail zu versenden.

d) Da E-Mails bei der Übertragung einem Zugriff durch Dritte unterliegen können, werden die beauftragten Rechtsanwälte insofern von der anwaltlichen Schweigepflicht entbunden.

e) Der Versender einer E-Mail übernimmt das Zustellungs- und Kenntnisnahmerisiko. Wichtige Erklärungen sollen nicht per E-Mail übermittelt werden.

f) Gegenüber den Rechtsanwälten Brandt, Weinreich & Abel abgegebene Willenserklärungen des/der Auftraggebers/in (z.B. Anweisungen) sind nur verbindlich, wenn sie in der üblichen – unterschriebenen – schriftlichen Form oder versehen mit einer digitalen Signatur abgegeben wurden, die gemäß § 2 Nr.1, 2 Signaturgesetz (SigG) mit einem Signaturschlüssel-Zertifikat einer Zertifizierungsstelle oder der Regulierungsbehörde gemäß §§ 3 SigG, 66 TKG versehen ist.

g) Auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen, die sich gegenüber den Rechtsanwälten Brandt, Weinreich & Abel aus der Nutzung des E-Mail-Versandes unmittelbar oder mittelbar aus einem Ausfall der E-Mail-Nutzungsmöglichkeit ergeben können, wird hiermit ausdrücklich verzichtet.

6. Zuständige Verbraucherschlichtungsstelle

Für vermögensrechtliche Streitigkeiten aus dem Mandatsverhältnis ist die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, Neue Grünstraße 17, 10179 Berlin, www.s-d-r.org, zuständig. Die Rechtsanwälte Brandt, Weinreich & Abel sind grundsätzlich bereit, an Streitbeilegungsverfahren bei der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft teilzunehmen.

7. Widerrufsrecht im Fernabsatz

Verbrauchern steht ein Widerrufsrecht zu, sofern der Mandatsvertrag ausschließlich unter Nutzung von Fernkommunikationsmitteln abgeschlossen wurde. Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können. Der Verbraucher erhält für jedes erteilte Mandat eine separate Widerrufsbelehrung.

8. Die Unwirksamkeit eines Teils dieser Mandatsbedingungen berührt nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen.

Die beauftragten Rechtsanwälte sind befugt, im Rahmen der Zweckbestimmung des jeweiligen Mandats die anvertrauten personenbezogenen Daten des/der Auftraggebers/in unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten.

Es wird dazu auf die anliegenden Hinweise der beauftragten Rechtsanwälte zur Datenverarbeitung verwiesen.

Der/die Auftraggeber/in bestätigt, die Hinweise zur Datenverarbeitung zur Kenntnis genommen und ausgehändigt bekommen zu haben.

Ort, Datum

Unterschrift
Auftraggeber/in

Unterschrift
Rechtsanwälte

Anlage:
Hinweise zur Datenverarbeitung